

Für den politischen Theil:
G. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes:
J. Steinbach,
für den übrigen redakt. Theil:
J. Hachfeld,
sämmlich in Posen.

Verantwortlich für den
Anzeigenteil:
J. Klugkist in Posen.

Posener Zeitung

Achtundneunzigster

Jahrgang.

Nr. 767

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal, an den auf die Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Montag, 2. November.

Inserate, die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Erziehung für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition der
Zeitung, Wilhelmstraße 17.
Hr. B. Schick, Hoflieferant,
Gr. Gerber- u. Breiterstr. 4, Ecke,
Hr. Rietisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmstraße 8,
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen Kallisch
Klose, Haasenstein & Vogler N. G.,
G. J. Paube & Co., Invalidenbank.

1891

A m t l i c h e s.

Berlin, 1. Nov. Der Kaiser hat die Poststraße Leitold in Straßburg (Elsaß) und Deyl in Bromberg zu Ober-Postdirektoren ernannt.

D e u t s c h l a n d.

Berlin, 1. November.

— Wie der „Schlef. Btg.“ mitgetheilt wird, ist es als vollkommen sicher anzusehen, daß dem Landtage während seiner bevorstehenden Tagung die seit geraumer Zeit in Aussicht gestellte Novelle zum Vergesetze von 1865 zugehen wird. Dieselbe dürfte sich darstellen als eine Zusammenfassung mehrerer Novellen zu verschiedenen einzelnen Theilen des erwähnten Gesetzes. Der Grund dafür, daß sie bisher noch nicht eingebracht wurde, ist hauptsächlich darin zu suchen, daß erst abgewartet werden mußte, welches Schicksal der Gewerbegesetznovelle im Reichstage bereitet werden und in welcher Gestalt sie aus demselben hervorgehen würde, ehe die Abfassung der Vergesetznovelle vorgenommen werden konnte. Denn wesentlich auf der durch die Gewerbegesetznovelle geschaffenen Grundlage muß die Vergesetznovelle aufgebaut werden. Diese wird in der Hauptsache naturgemäß von den gleichen Gesichtspunkten ausgehen müssen wie jene, nicht jedoch, ohne sich in Sachen des Arbeiterchuzes zum Theil beträchtlich weitere Ziele zu stecken. Namentlich wird die Vergesetznovelle die Nothwendigkeit der Arbeiterausschüsse in erheblicher schärferer Weise betonen, als es die Gewerbegesetznovelle gethan hat.

— Fürst Bismarck will, wie es scheint, sein Reichstagsmandat thatsächlich ausüben. Er soll wenigstens, wie der „Hamb. Corresp.“ meldet, einem Besuche in Vargin gegenüber die Absicht ausgesprochen haben, „bald“ nach Berlin zu kommen. — Im Uebrigen tritt der Fürst jetzt in den „Hamb. Nachr.“ für das Recht der Kritik der Regierungspolitik ein. Natürlich ist gegen diese Stellungnahme desselben nichts einzuwenden, dabei aber doch nicht zu vergessen, daß gerade er es gewesen ist, der während seiner Amtsdauer fortgesetzt diese Kritik mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln zu beschränken versucht hat.

— Das Dankschreiben, welches Professor Virchow aus Anlaß seiner Ernennung zum Ehrenbürger Berlins an die dortigen städtischen Behörden gerichtet hat, lautet wie folgt:

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt hat bei Gelegenheit meines 70. Geburtstages eine solche Fülle von Ehren auf mich gehäuft, wie sie niemals früher einem Mitgliede der Stadtverordneten-Versammlung zu Theil geworden sind. Der prächtige Ehrenbürgerbrief enthält zugleich eine so wohlwollende Beurtheilung meiner Thätigkeit im Gemeinbedienst, daß ich sie nur mit einer erheblichen Beschränkung annehmen darf. Trotzdem füge ich mich dem gefassten Beschlusse in dem Gefühl tiefster Befriedigung darüber, daß meine Mitbürger meinen Diensten einen mehr als vorübergehenden Werth zuschreiben.

Ein günstiges Geschick hat mich gerade zu einer Zeit in die Stadtverordneten-Versammlung eintreten lassen, wo eine vollständige Neugestaltung der Stadt in ihrem inneren und äußeren Verhalten nothwendig geworden war, und wo jedes Mitglied Gelegenheit fand, an dieser Neugestaltung sich nach seinen Kräften und Fähigkeiten zu betheiligen. Möge das Bild von mir, welches die städtischen Behörden für das Rathhaus haben wollen, den Nachkommen einen von jenen Bürgern zeigen, welche ihre Ehre darin suchen, das neue Berlin so auszustatten, daß es seinen Einwohnern alle Fortschritte im Verkehr, in der öffentlichen Gesundheitspflege, im Unterricht und im äußeren Ansehen gewähren, und dadurch aller Welt die Vorzüge der Selbstverwaltung in hellem Lichte vorführen konnte. Vielleicht erinnert sich auch einer oder der andere der Beschauer daran, daß ich es stets als eine Pflicht betrachtet habe, dazu beizutragen, daß diese Selbstverwaltung vor jenen Reibungen zwischen den verschiedenen Faktoren bewahrt bleibe, welche in der Geschichte so vieler Städte eine verderbliche Einwirkung geübt haben.

In dieser Gesinnung, die ich nicht aufhören werde zu betheiligen, so lange es meine Kräfte gestatten, sage ich dem Magistrat aus tiefstem Herzen meinen Dank.

Berlin, am 15. Oktober 1891.

Der Stadtverordnete, Ehrenbürger
gez. Rudolf Virchow.

— Die „Post“ tritt anläßlich der Wahlmiederlage der Konservativen in Stolp-Lauenburg für eine größere Verbreitung der kleinen konservativen Presse auf dem Lande ein. Gerade aus der Abwendung der ländlichen Bevölkerung von den Kreisblättern und verwandten konservativen Organen erhellt am deutlichsten der Rückgang des konservativen Gedankens. Für Stolp-Lauenburg trifft außerdem die Motivierung der Wahlmiederlage durch die „Post“ schon deshalb nicht zu, weil in diesem Kreise die konservativen zwei Blätter zur Verfügung hatten, während die liberale Partei nicht ein einziges Blatt besaß, welches ihre Interessen vertrat.

— Die Schrift „Ablehnen oder Annehmen“, welche sich gegen die neuen Handelsverträge kehrt, hat wie der „Hamb. Kor.“ bestimmt erfährt, thatsächlich zwei Personen, und zwar nicht unbekannten Namens, zu Verfasser. Lothar Bucher kann dabei höchstens die Rolle eines Seniors übernommen haben.

Breslau, 31. Okt. Der Beschluß der hiesigen Stadtverordneten, den Reichstanzler um baldige Einberufung des Reichstags behufs Berathung über die Getreidezölle zu ersuchen, hat den Gegnern der freisinnigen Mehrheit der Versammlung Anlaß zu heftigen Anklagen wegen angeblicher Ueberrumpelung der Minderheit und Mißbrauchs der Macht zur Wahrnehmung persönlicher Interessen gegeben. In einer vorgestern abgehaltenen Bürgerversammlung trat nun der Stadtverordnete Reichstagsabgeordnete Friedländer diesen Anklagen sehr entschieden entgegen und hielt mit den Wortführern der Gegner, zu denen die drei Landtagsabgeordneten Breslau, Kaufmann, Tschode, Kommerzienrath Schöller und v. Zepelnitz gehören, gründlich Abrechnung. Von besonderem Interesse war sein Nachweis, daß bereits 1879 von dem Vertreter des Magistrats bei Berathung eines Antrags auf Stellungnahme gegen die Getreidezölle ausdrücklich die Zuständigkeit der städtischen Vertretung anerkannt und ein gemeinames Vorgehen der beiden städtischen Körperschaften vorgeschlagen und damals von keiner Seite gegen die dringliche Behandlung des Antrags Widerspruch erhoben war. Der Vertreter des Magistrats war der damalige Syndikus, jetzige Bürgermeister Dichtmuth, der nicht zur freisinnigen Partei gehört. Eingehend besprach er den von dem konservativen Abg. v. Zepelnitz erhobenen Vorwurf, die freisinnige Partei habe mit ihrem Nothstandsgebot die Haasse an der Getreidebörse und damit die hohen Getreidepreise verschuldet. Er sprach seine Verwunderung darüber aus, daß keiner der Agrarier auf den naheliegenden Gedanken gekommen ist, der Börse und ihrer Spekulation dadurch ein Schnippchen zu schlagen, daß er sich bereit erklärt, sein Getreide billiger zu verkaufen, und erzählte, er selbst habe einem Großgrundbesitzer, der auch die Börsenspekulation als Urheerin der Theuerung anlagte, den Vorschlag gemacht, jener möge ihm sein Getreide zu billigerem Preise verkaufen, dann wolle er sich unter Stellung einer hohen Kaution verpflichten, das Getreide zum einfachen Marktpreis zu lassen und das Mehl dem Bäcker mit der Verpflichtung zu überlassen, daß auch dieser nur nach Abzug des Backlohns das daraus gewonnene Brot verkaufe. Die Antwort des Großgrundbesitzers habe gelautet, ob er ihn denn für verrückt halte. Daß zeitweise Operationen an der Börse gemacht werden, um die Preise möglichst hoch zu halten, stellte Abgeordneter Friedländer nicht in Abrede, wies aber darauf hin, daß sie im vorliegenden Falle den Erfolg gehabt haben, daß viel Getreide in das Land gekommen ist. Uebrigens betonte er, vielleicht die schlimmsten Spekulantens seien die Agrarier, und führte aus eigener Erfahrung zwei Fälle an, in welchen Großgrundbesitzer in unsinniger Weise Getreidespekulationen gemacht haben. Der eine sei ein Vertrauensmann des Fürsten Bismarck, der des Fürsten Güter revidierte und die Wirtschaft kontrollierte, der andere ein Großgrundbesitzer des Ostens, der über 60 000 Morgen besaß, und nach, wie er annehmen dürfe, zuverlässigen Mittheilungen jetzt über sieben Millionen an der Börse verspielt habe.

Aus Sachsen, 31. Okt. Amtliche Erhebungen über den Bedarf der Bevölkerung an Brotgetreide sind, wie man der „Post. Btg.“ meldet, neuerdings in ganz Sachsen auf Veranlassung des Ministeriums des Innern angestellt worden. Diefem Auftrage gemäß hat die Handels- und Gewerbe-kammer zu Plauen i. V. auf Grund einer sorgfältigen Umfrage in den verschiedensten Orten des Bezirkes festgestellt, daß sich der Verbrauch für den Kopf durchschnittlich auf 1,04 Pfund stellt.

F r a n k r e i c h.

* Paris, 31. Okt. In der Deputirtenkammer brachte Justizminister Fallières heute den Gesetzentwurf, betreffend die Unterdrückung des Zuhälterthums ein. Derselbe schlägt vor, die Vermietter und Schankwirthe, welche die Prostituirten beherbergen oder als Gelegenheitsmacher ihrem Gewerbe Vorschub leisten, mit Gefängnis bis zu 2 Jahren resp. mit einer Geldstrafe bis zu 100 Frs. zu bestrafen. Die Zuhälter sollen als Bagabunden behandelt und eventuell mit 2 bis 5jährigem Gefängnis und 5jährigem Aufenthaltsverbot bestraft werden. Befußt Unterdrückung unzuchtiger Publikationen wird ein Spezialgesetz ausgearbeitet. — Der Abg. Roche (Sozialist) interpellirte die Regierung dann über die Freilassung des sozialistischen Kandidaten für das Norddepartement, Lafargue, der wegen Betheiligung an den Vorgängen in Jauries im Mai d. J. verurtheilt wurde und sich im Gefängnis befindet. Fallières erwiderte, die Regierung habe kein Recht, Lafargue in Freiheit zu setzen. Millerand und Clémenceau befragten, daß die Regierung ihr Versprechen vergessen habe, die sozialen Fragen zu studieren. Clémenceau fügte hinzu, der Pakt mit den Radikalen sei gebrochen. Ministerpräsident Freycinet entgegnete, die Regierung wolle die Verhütung, jedoch ohne Schwäche. Sie sei ihrem Mandat treu geblieben. Die einfache Tagesordnung, welche die Regierung acceptirt hatte, wurde mit 240 gegen 161 Stimmen angenommen. Die Rechte enthielt sich der Abstimmung.

Gegenüber der Blättermeldung, die Regierung beabsichtige, dem Parlament eine Vorlage zu unterbreiten, wonach allen Vertragsstaaten der Minimaltarif für ein Jahr bewilligt werden solle, um Zeit zum Abschluß neuer Verträge zu gewinnen, erklärt die „Libérés“, die Regierung habe in dieser Frage noch keinerlei festen Beschluß über ihr Verhalten gegenüber den Kammerern gefaßt.

Die Zeitungen veröffentlichen ein Schreiben des Kardinals Langénieux an den Minister des Aeußeren Ribot, in welchem der von Ribot in der Deputirtenkammer gethanen Aeußerung, der Papst habe zu dem auf die Wilerfahrten bezüglichen Zirkular des Justizministers an die Bischöfe seine Billigung ausgesprochen, auf das Entschiedenste widersprochen wird. Dem gegenüber stellt eine Mittheilung aus dem Ministerium des Aeußeren fest, Ribots Erklärung in der Kammer seien nur eine mündliche Wiedergabe einer Depeche des französischen Gesandten beim Vatikan. Ueberdies befindet sich ein Artikel des „Observateur Romano“, daß das Zirkular Fallières im Vatikan den erwähnten Eindruck hervorgerufen habe.

A u s t r a l i e n.

* Zu dem im gestrigen Morgenblatt gemeldeten Rücktritt des Barons Senfft von Pilsach von seinem Posten als Vorsitzender des Gemeinderaths in Apia wird dem „D. V. S.“ weiter gemeldet:

New-York, 31. Okt. Der Rücktritt Baron Pilsachs ist unter den Fremden und Eingeborenen mit Freude begrüßt und trotz des deutschen Einflusses angenommen worden. Malietoa hat auf den Rath Pilsachs den König Mataafa in einer Proclamation als Rebellen erklärt. Vor Pilsachs Rücktritt hatten die Konsuln mehrerer Vertragsmächte eine Denkschrift verfaßt, worin unter Hinweis auf Pilsachs Unerfahrenheit und wegen seines rücksichtslosen Benehmens im Amt um seine Rückberufung gebeten wurde. Die Denkschrift war von allen fremden Einwohnern in Apia, einige Deutsche ausgenommen, unterzeichnet. Zwei Tage vor seinem Rücktritt kündigte Pilsach seine Absicht an, die Archive und Gelder dem Herrn Weber, Geschäftsführer einer deutschen Firma, übergeben zu wollen. Hr. Weber war interimistisch zum Präsidenten ernannt worden. Die fremden Konsuln erhoben jedoch Einspruch dagegen, weil dieses Verfahren die Befugnisse Pilsachs überschreite. Baron Pilsach soll nunmehr um die Erlaubnis gebeten haben, seinen Rücktritt widerrufen zu dürfen. Der König erklärte indeß, daß ihm kein Recht zur Ertheilung der Erlaubnis zustehe; gleichzeitig verwies er Pilsach an die Mächte.

Witterungsbericht

für die Woche vom 2. bis 9. November.

(Nachdruck verboten.)

(D. R.) Der Neumond vom 1. November führt nunmehr die zweite Hälfte des „Spätjahrs“, den Spätherbst herauf, der bereits durch den vom Dienstag zum Mittwoch erschienenen Nachfröht seinen Eintritt angemeldet hatte. Der jetzige erste Mondumlauf des Spätherbstes dürfte erst bei abnehmendem Monde für Deutschland wirkliches Winterwetter bringen, da die starke atmosphärische Hochfluth des von einer totalen Verfinsternung begleiteten Vollmonds vom 16. November sich voraussichtlich nicht ebenso energisch geltend machen wird, wie es von der entsprechenden vorjährigen Hochfluth geschah. Die Vertheilung der Hochfluthfaktoren zwischen der jetzigen Neumondsperiode und jener dazu gehörigen Vollmondsperiode ist freilich eine deartige, daß nach dem Resultate der Fluthstärkenberechnung die Hochfluth der ersten nur die sechzehnte Stelle, die der letzteren dagegen die siebente, in Wirklichkeit sogar vielleicht die erste Stelle unter den fünfundsiebzig atmosphärischen Hochfluthen des laufenden Jahres einnehmen wird. Das Mindeste also, was für Deutschland zur nächsten Vollmondszeit bevorsteht, sind sehr weit verbreitete und außerordentlich ergiebige Niederschläge am Vollmondstage selbst und während der zweiten Hälfte der Periode, namentlich auch wieder beim Schlußtermine, dem 19. November. Erhebliche Schneefälle sind hingegen jedenfalls spätestens zu Anfang der Hochfluthperiode des auch wieder wie im vorigen Jahre von einer Verfinsternung der Sonne begleiteten zweiten Neumondes im Spätherbst für Nord- und Mitteleuropa zu gewärtigen. Zunächst steht vom jetzigen Neumonde ab noch leidlich gutes Herbstwetter bevor, und gilt es deshalb diese verhältnismäßig günstige Witterung namentlich auch beim Landwirtschaftsbetriebe noch thunlichst auszunutzen. Als Eintrittstermine der während dieser Zeit bevorstehenden Niederschläge dürften sich die Zeiten vom 5. zum 6. und vom 10. zum 11. November ausweisen, worauf am 13. November die Vollmondschhochfluth anheben wird.

V e r m i s c h t e s.

† Aus der Reichshauptstadt. Ueber die bereits in unserem heutigen Mittagsblatt erwähnte Enthüllung des Begasbrunnens auf dem Schloßplatze entnehmen wir dem „Berliner Tageblatt“ folgende Mittheilungen: Bereits am Vormittag war der im Flaggenschmuck prangende Schloßplatz das Ziel zahlreicher Schaumlünger, welche in dichten Gruppen die von 8 Mästen gehaltene Felswand umstanden, welche das Kunstwerk selbst noch verhüllte. Der heftige Wind, der von der Kurfürstenbrücke her über den Platz fegte, riß zweimal die Mäule hinweg, zum Glück hielten aber die Masten, so daß der Schaden schnell wieder beseitigt werden konnte. Schon von Mittag an wurde die nächste Umgebung des Festplatzes durch die Polizei vom Publikum möglichst freigehalten, um 2½ Uhr erfolgte die volle Absperrung. Das Publikum wurde nach der Kurfürstenbrücke und dem Kothofen Schloß zu rückgedrängt, und der obere Theil der Breitenstraße wurde gesäubert. Die zur Feier Geladenen fuhren am Lustgarten vor Portal 4 des Schlosses vor und begaben sich durch den großen Schloßhof nach dem Festplatz.

Gegen ¼ 3 Uhr verließen die kaiserlichen Wagen den Marstall, um den hohen Herrn mit seinem Gefolge vom Potsdamer Bahnhof abzuholen. Bald fanden sich auch die Ehrengäste ein. An der Breitenstraße nahmen die Mitglieder beider städtischen Behörden, sämmtlich mit der Amtskette geschmückt, Aufstellung. Hier waren auch der Presse Plätze angewiesen. Mit dem ausführenden Künstler Professor Begas waren dessen Bruder und Mitarbeiter Professor C. Begas aus Kassel und die Bildhauer Bergmeyer, Götz und Bernerich erschienen. Wir sahen ferner Direktor Gladenbeck und den Former des Werks Menzel. In Vertretung der Regierung erschienen die Minister v. Zedlitz-Trützschler und Herrfurth, für die Provinzialbehörden der Oberpräsident v. Achenbach und der Polizeipräsident v. Richtofen. Kurz vor drei Uhr begab sich die mit dem Empfang des Kaisers betraute Deputation der städtischen Behörden nach Portal 1, vor dem zwei Gardefürstiere die Wacht hielten. Die Deputation bestand aus dem Oberbürgermeister v. Jordanbeck, dem Geheimen Rath Schreiner, dem Syndikus Zelle und dem Stadtbaurath Hobrecht sowie den Stadtverordneten Dr. Langenhans, Siebmann, Seibert, Gerike, Spinola, Nicolai, Bernhardt und Reiff. Wenige Minuten vor 3 Uhr verließ das Gurren der auf der Schloßbrücke harrenden Menge das Erscheinen des Kaisers

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Deder u. Co. (H. Köstel) in Bozen.